

Martin Mosler und Niklas Potrafke

Donald Trump und der Westen

Eine Beschreibung des sich ändernden Verhältnisses auf Basis von Abstimmungsdaten in der UN-Generalversammlung

Die Vereinigten Staaten von Amerika haben sich im ersten Amtsjahr von Donald Trump von ihren westlichen Verbündeten entfremdet. Das zeigt unsere Analyse des Abstimmungsverhaltens in der UN-Generalversammlung von den Ländern der G 7, NATO, OECD und WEOG. Die Übereinstimmungsrate bei UN-Resolutionen sank um bis zu 13,2 Prozentpunkte im Vergleich zum Durchschnitt des ersten Amtsjahres aller US-Präsidenten vor Trump. Besonders bei Themen der ökonomischen Entwicklung und des Israel-Palästina-Konflikts wichen die Positionen stark ab. Trotzdem sind die Differenzen bislang kleiner als in den Anfangsjahren der US-Präsidenten Bush sen. und Bush jun. Donald Trump steht also bislang überraschenderweise besser da, als man aufgrund der medialen Darstellung erwarten würde.

US-Präsident Donald Trump hat seine engsten Verbündeten in Fragen auf eine noch nie dagewesene Art und Weise düpiert. Während er beim G-7-Gipfel Anfang Juni 2018 den kanadischen Präsidenten Trudeau als »unehrlich und schwach« und Deutschland im Rahmen des NATO-Gipfels im Juli 2018 als einen »Gefangenen Russlands« bezeichnete, zeigte er beim kürzlichen Treffen mit Vladimir Putin in Helsinki eine große Nähe zum russischen Präsidenten. Das derzeitige Verhältnis der Vereinigten Staaten von Amerika zu den anderen führenden Industrienationen bereitet Sorgen. Droht der Westen in seiner bisher gekannten Form zu zerbrechen?

Dass Donald Trump wenig auf bestehende Allianzen und Verabredungen mit anderen Industrieländern achten würde, hat sich schon vor seinem Amtsantritt angekündigt. Mit dem Slogan »America First« hat er die Wahl gewonnen – und interpretiert sein Motto seitdem ausgesprochen statisch. Langfristig kann es sich für die Vereinigten Staaten von Amerika kaum auszahlen, internationale Partner der westlichen Wertegemeinschaft so zu verprellen.

Interessant zu untersuchen ist daher, ob und, wenn ja, wie sehr sich die Vereinigten Staaten von Amerika und befreundete Industrieländer auf der internationalen Bühne bereits entfremdet haben. Ein wichtiges in der politisch-ökonomischen Literatur verwendetes Maß für politische Gemeinsamkeiten ist das Abstimmungsverhalten in der Generalversammlung der Vereinten Nationen (UN-Generalversammlung). Insbesondere das Abstimmungsverhalten anderer Nationen mit den Vereinigten Staaten von Amerika hat in der Wissenschaft ein großes empirisches Interesse geweckt (vgl. z.B. Thacker 1999; Potrafke 2009; Dreher und Jensen 2013).

Wir untersuchen, ob sich die traditionell stark ausgeprägten Gemeinsamkeiten im Abstimmungsverhalten der westlichen Länder in der UN-Generalversammlung im ersten Amtsjahr von Donald Trumps abgeschwächt haben und wie stark ein etwaiger Effekt im Vergleich zu Änderungen im Abstimmungsverhalten unter anderen US-Präsidenten war. Dabei betrachten wir sowohl alle Abstimmungen über Resolutionen seit 1946 als auch die sogenannten US-Schlüsselabstimmungen (*US key votes*). Dies sind Abstimmungen, die das amerikanische Außenministerium seit 1983 in der UN-Generalversammlung als besonders bedeutsam für die Vereinigten Staaten von Amerika einschätzt.

TRUMP VERPRELLT DIE WESTLICHEN PARTNER, ...

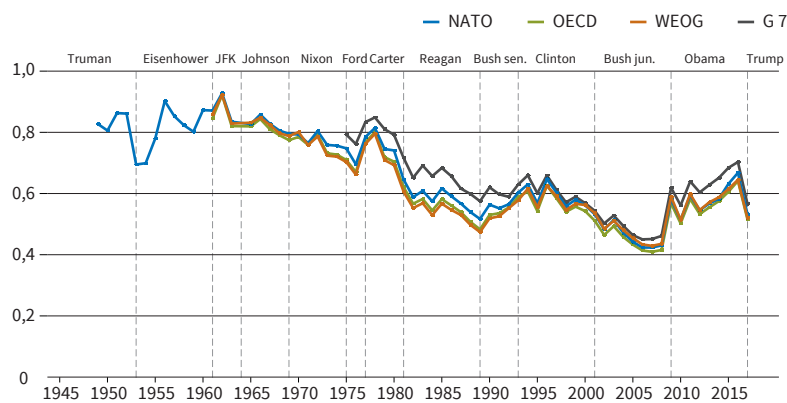
Unsere Datengrundlage sind die von Voeten (2017) aufbereiteten und von uns für das Jahr 2018 vervollständigten Daten zu allen 5 599 Resolutionen in der UN-Generalversammlung seit dem Jahr 1946, über die die Vereinigten Staaten von Amerika abgestimmt haben. Der Datensatz berücksichtigt auch die US-Schlüsselresolutionen, die das amerikanische Außenministerium seit dem Jahr 1983 ausweist. Wir folgen verwandten empirischen Studien und kodieren Übereinstimmungen beim Abstimmungsverhalten zwischen einer Nation und den Vereinigten Staaten von Amerika mit 1, schwache Abweichungen¹ mit 0,5 und starke Abweichungen² mit 0 (»Übereinstimmungsrate«).

¹ Unter schwachen Abweichungen definieren wir Abstimmungen, bei denen eine Nation mit »Ja« bzw. »Nein« stimmte, während die andere zu vergleichende Nation mit »Enthaltung« stimmte.

² Unter starken Abweichungen definieren wir Abstimmungen, bei denen eine Nation mit »Ja« bzw. »Nein« stimmte, während die andere zu vergleichende Nation dazu gegenteilig mit »Nein« bzw. »Ja« stimmte.

Abb. 1

Durchschnittliche Übereinstimmungsrate pro Jahr zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und westlichen Partnern bei Abstimmungen in der UN-Generalversammlung



Anmerkung: Alle Resolutionen. Ungewichteter Durchschnitt über alle Nationen einer Ländergruppe ohne die Vereinigten Staaten von Amerika pro Jahr.
Quelle: Voeten (2017); Berechnungen des ifo Instituts. © ifo Institut

Tab. 1

Durchschnittliche Übereinstimmungsrate zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und westlichen Partnern bei Abstimmungen in der UN-Generalversammlung

Resolutionen vor bzw. seit der Präsidentschaft von Donald Trump

	Alle Resolutionen seit 1946		US-Schlüsselresolutionen seit 1983	
	vor Trump	seit Trump	vor Trump	seit Trump
G 7	63,9% N = 22 872	56,0% N = 567	72,0% N = 2 360	66,2% N = 102
OECD	59,8% N = 112 405	51,1% N = 3 206	68,2% N = 10 534	62,3% N = 577
NATO	63,0% N = 85 963	52,7% N = 2 639	69,1% N = 7 704	62,9% N = 475
WEOG	60,6% N = 112 026	51,6% N = 2 635	68,4% N = 10 133	61,9% N = 474

Anmerkung: Ungewichteter Durchschnitt über alle Nationen einer Ländergruppe ohne die Vereinigten Staaten von Amerika pro Jahr.
Quelle: Voeten (2017); Berechnungen des ifo Instituts.

Abbildung 1 zeigt, wie oft verschiedene westliche Ländergruppen im jährlichen Durchschnitt in der UN-Generalversammlung gemäß der obigen Kodierung mit den Vereinigten Staaten gestimmt haben. Insgesamt ist seit den 1960er Jahren ein abnehmender Trend bei übereinstimmenden Abstimmungen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und den Partnern in der UN-Generalversammlung festzustellen.

Ein deutlicher Rückgang der Übereinstimmungen ist seit dem Amtsantritt von US-Präsident Trump auszumachen (vgl. Tab. 1). In der UN-Generalversammlung wurde seit Januar 2017 über 95 Resolutionen abgestimmt, wovon 17 (17,9%) US-Schlüsselabstimmungen waren. Insgesamt lag die Übereinstimmungsrate beim Abstimmungsverhalten mit den Vereinigten Staaten von Amerika in dieser Zeit nur zwischen 51,1% (OECD-Mitgliedstaaten) und 56,0% (G-7-Länder). Verglichen mit dem Durchschnitt aller Resolutionsabstimmungen vor dem Beginn der Trump-Administration sank die Übereinstimmungsrate somit um 7,9 Prozentpunkte (G 7) bzw. sogar um 10,3 Pro-

zentpunkte (NATO-Mitgliedstaaten). Qualitativ ähnliche Ergebnisse lassen sich auch für die US-Schlüsselresolutionen festhalten: Zwar lag die Übereinstimmungsrate mit 61,9% (WEOG-Ländergruppe³) bis 66,2% (G 7) etwas höher, jedoch sank auch hier das übereinstimmende Wahlverhalten um etwa 6 Prozentpunkte im Vergleich zu der Zeit vor Trump.

Derzeit ist schwer abzuschätzen, ob die beobachteten Abweichungen unter Trump nur ein besonderer Effekt der Anfangszeit des neuen US-Präsidenten sind oder sich als genereller Trend seiner Präsidentschaft manifestieren werden. Wir haben daher jene Abstimmungen in der UN-Generalversammlung gesondert untersucht, die nur im ersten Jahr einer US-Präsidentschaft erfolgten (vgl. Tab. 2). Die Ergebnisse fallen noch deutlicher aus: Zwar ist die durchschnittliche Übereinstimmungsrate bei allen amerikanischen Präsidentschaften im ersten Amtsjahr etwas höher, jedoch haben die neu gewählten US-Präsidenten vor Trump viel enger mit den westlichen Partnern kooperiert. Die Differenz bei der Übereinstimmungsrate im ersten Jahr einer US-Präsidentschaft von Trump im Vergleich zu seinen Amtsvorgängern liegt zwischen 9,7 Prozentpunkten (G 7) und 13,2 Prozentpunkten (NATO) für alle Resolutionen. Für die US-Schlüsselresolutionen beträgt der Unterschied zwischen der Trump-Administration und den anderen US-Präsidenten im ersten Amtsjahr weiterhin ca. 6 Prozentpunkte.

Regressionsergebnisse, die auch länder- und zeitspezifische fixe Effekte enthalten, weisen darauf hin, dass der Rückgang der beobachteten Übereinstimmungsrate seit dem Amtsantritt von US-Präsident Trump auf einem 1%-Niveau statistisch signifikant ist. Dies gilt für alle Resolutionen und für die US-Schlüsselresolutionen für alle betrachteten Ländergruppen, sowohl bei Betrachtung nur des ersten Amtsjahres von US-Präsidenten wie beim Durchschnitt über die gesamte Zeit der US-Präsidentschaften.

Regressionsergebnisse, die auch länder- und zeitspezifische fixe Effekte enthalten, weisen darauf hin, dass der Rückgang der beobachteten Übereinstimmungsrate seit dem Amtsantritt von US-Präsident Trump auf einem 1%-Niveau statistisch signifikant ist. Dies gilt für alle Resolutionen und für die US-Schlüsselresolutionen für alle betrachteten Ländergruppen, sowohl bei Betrachtung nur des ersten Amtsjahres von US-Präsidenten wie beim Durchschnitt über die gesamte Zeit der US-Präsidentschaften.

³ Die *Western Europeans and Others (WEOG)*-Ländergruppe ist eine der fünf (inoffiziellen) Regionalgruppen in den Vereinten Nationen, die bei Verhandlungen und Abstimmungen oft als gemeinsame Wählergruppe auftreten.

Tab. 2

Durchschnittliche Übereinstimmungsrate zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und westlichen Partnern bei Abstimmungen in der UN-Generalversammlung

Resolutionen im ersten Jahr einer US-Präsidentschaft vor bzw. seit der Präsidentschaft von Donald Trump

	Alle Resolutionen im ersten Amtsjahr eines US-Präsidenten seit 1946		US-Schlüsselresolutionen im ersten Amtsjahr eines US-Präsidenten seit 1989	
	vor Trump	seit Trump	vor Trump	seit Trump
G 7	66,3% N = 3 254	56,6% N = 561	72,3% N = 292	66,2% N = 102
OECD	63,1% N = 16 421	51,5% N = 3 174	66,6% N = 1 216	62,3% N = 577
NATO	66,5% N = 12 367	53,3% N = 2 612	69,3% N = 904	62,9% N = 475
WEOG	64,9% N = 17 854	52,0% N = 2 609	67,2% N = 1 229	61,9% N = 474

Anmerkung: Ungewichteter Durchschnitt über alle Nationen einer Ländergruppe ohne die Vereinigten Staaten von Amerika pro Jahr.

Quelle: Voeten (2017); Berechnungen des ifo Instituts.

... ALLERDINGS NICHT SO SEHR WIE DIE BEIDEN BUSH-PRÄSIDENTEN ZUM AMTSANTRITT

Wenngleich die anderen westlichen Industrieländer deutlich weniger gemeinsam mit den Vereinigten Staaten von Amerika unter Donald Trump abstimmen im Vergleich zum Durchschnitt aller vorherigen US-Präsidenten, so gibt es eine Überraschung: Die Abweichungen bei den UN-Abstimmungen waren unter den beiden Bush-Präsidenten noch größer (vgl. Tab. 3).

Betrachtet man das erste Amtsjahr vom ehemaligen US-Präsidenten George H. W. Bush sen., so war die Übereinstimmungsrate mit den westlichen Partnern in der UN-Generalversammlung – mit Ausnahme der übrigen G-7-Länder – um nochmals 1,6 (NATO) bis 4,6 Prozentpunkte (WEOG) geringer als unter Donald Trump. Dies ist überraschend, weil das erste Amtsjahr von George H. W. Bush sen. mit dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes koinzidierte und man daher einen größeren Zusammenhalt der westlichen Part-

Tab. 3

Durchschnittliche Übereinstimmungsrate zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und westlichen Partnern bei Abstimmungen in der UN-Generalversammlung

Resolutionen im ersten Jahr einer US-Präsidentschaft während der Bush-Präsidentschaften

	Alle Resolutionen im ersten Amtsjahr eines US-Präsidenten seit 1946			
	George H.W. Bush (sen.)	Differenz zu Trump (Prozentpunkte)	George W. Bush (jun.)	Differenz zu Trump (Prozentpunkte)
G 7	57,5% N = 688	+ 0,9	53,6% N = 405	- 3,0
OECD	48,3% N = 2 533	- 3,2	50,4% N = 1 888	- 1,1
NATO	51,7% N = 1 726	- 1,6	52,5% N = 1 212	- 0,8
WEOG	47,4% N = 2 533	- 4,6	52,9% N = 1 816	+ 0,9

Anmerkung: Ungewichteter Durchschnitt über alle Nationen einer Ländergruppe ohne die Vereinigten Staaten von Amerika pro Jahr.

Quelle: Voeten (2017); Berechnungen des ifo Instituts.

ner mit den Vereinigten Staaten von Amerika hätte erwarten können.

Auch im ersten Amtsjahr von George W. Bush jun. stimmten die westlichen Partner noch weniger mit den Vereinigten Staaten von Amerika, als sie es bei der jetzigen US-Präsidentschaft taten. Die Differenz zum ersten Amtsjahr von Trump betrug in der Anfangszeit von George W. Bush jun. zwischen 0,8 (NATO) und bis zu 3,0 (G 7) Prozentpunkten. Eine Ausnahme bildet die WEOG-Regionalgruppe in der UN-Generalversammlung, die unter George W.

Bush jun. durchschnittlich leicht mehr mit den Vereinigten Staaten von Amerika stimmten als im ersten Amtsjahr von Donald Trump. Insgesamt ist jedoch der Effekt der neuen Doktrin der Vereinigten Staaten von Amerika, die von George W. Bush jun. im Rahmen der Nationalen Sicherheitsstrategie (*National Security Strategy*) definiert wurde und die hegemoniale Vormachtstellung Amerikas über multilaterale Absprachen priorisierte, im UN-Abstimmungsverhalten sichtbar.

Besonders groß waren die Differenzen zwischen George W. Bush jun. und den westlichen Partnern, wenn man anstatt des ersten Jahres seine gesamte Präsidentschaft betrachtet. So stimmten sogar alle westlichen Ländergruppen mehrheitlich nicht mit den Vereinigten Staaten von Amerika: Die Übereinstimmungsrate für die gesamte Amtszeit von George W. Bush jun. bewegen sich zwischen 44,7% (OECD) und 48,4% (G7), und damit um bis zu 7,6 Prozentpunkte geringer im Vergleich zur bisherigen Trump-Präsidentschaft.

Qualitativ ähnliche, wenngleich quantitativ nicht ganz so stark ausgeprägte Ergebnisse ergeben sich bei Betrachtung der US-Schlüsselabstimmungen. Die Effekte, sowohl für alle Resolutionen wie nur für die US-Schlüsselresolutionen, sind jedoch in Regressionen mit und ohne fixe Effekte statistisch auf dem 1%-Niveau signifikant.

TRUMP ODER DIE ANDEREN: BEI WELCHEN THEMEN SIND DIE DISSONANZEN AM GRÖSSTEN?

Der Rückgang der Zustimmung zu den US-Abstimmungen kann in drei unterschiedlichen Effek-

ten begründet sein: (1) Die Vereinigten Staaten von Amerika könnten seit 2017 wie eh und je abgestimmt haben, und die westlichen Partner haben ihren Kurs geändert, (2) es war genau umgekehrt, oder (3) die Vereinigten Staaten von Amerika und ihre (bisher) Verbündeten haben beide ihre Positionen aktiv voneinander entfernt. Wir haben das Abstimmungsverhalten bei UN-Resolutionen zu sechs sich wiederholenden Themenkomplexen näher untersucht. Abbildung 2 veranschaulicht den prozentualen Anteil bei Resolutionen zum Israel-Palästina-Konflikt, zum Thema ökonomische Entwicklung sowie zur Rüstungskontrolle, bei denen die Vereinigten Staaten von Amerika bzw. die übrigen G-7-Länder mit »Ja« gestimmt haben. Die Ergebnisse für die übrigen Ländergruppen (OECD, NATO und WEOG) sind qualitativ wie quantitativ vergleichbar.

Unter der impliziten Annahme, dass sich die Verteilung der inhaltlichen Ausrichtung einer Resolution bei den wiederkehrenden Themenkomplexen seit 2017 nicht grundlegend geändert hat, fallen drei Entwicklungen auf:

Erstens hat sich die Position der Vereinigten Staaten bei Resolutionen zum Israel-Palästina-Konflikt geändert. So wird Israel zwar seit Jahrzehnten in der UN-Vollversammlung diskriminiert (vgl. Becker et al. 2015; Hillman und Potrafke 2015), jedoch stimmen die Vereinigten Staaten von Amerika fast ebenso lange mehrheitlich gegen Resolutionen, die Israel kritisieren. Dieser Trend hat sich unter Donald Trump noch weiter verstärkt: Während die übrigen G-7-Staaten ihr Abstimmungsverhalten bei Resolutionen zum Israel-Palästina-Konflikt kaum änderten, sank die Zustimmungsrates der Vereinigten Staaten von Ame-

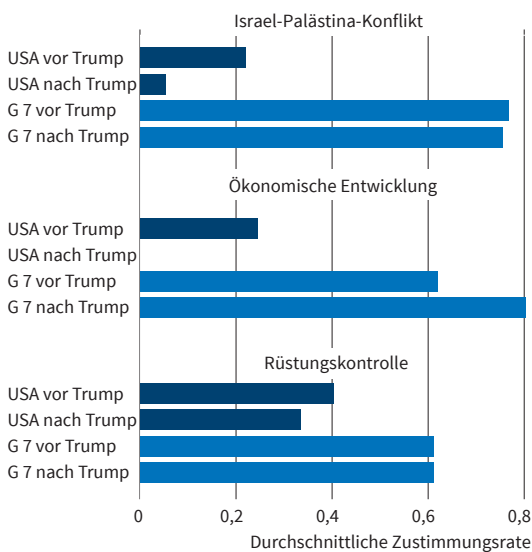
rika zu Resolutionen zum Israel-Palästina-Konflikt deutlich von 20,6% vor Trumps Präsidentschaft auf 5,3% in der Zeit danach. Das Verlegen der US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem kann als anschauliches Beispiel für sich verändernde Präferenzen der Vereinigten Staaten im Umgang mit Israel herangezogen werden.

Zweitens haben die Vereinigten Staaten von Amerika unter Donald Trump keiner Resolution mit Bezug auf die ökonomische Entwicklung weltweit zugestimmt, während ihre Zustimmungsrates vor der Trump-Präsidentschaft bei etwa einem Viertel lag. Dies steht in einem klaren Gegensatz zum Abstimmungsverhalten der übrigen G-7-Partnerländer, die bei über 80% der Resolutionen seit Beginn der Trump-Administration mit »Ja« stimmten und ihre Zustimmungsrates damit um etwa 18 Prozentpunkte steigerten.

Drittens sank die Zustimmung zu Resolutionen mit dem Thema Waffenkontrolle unter der gegenwärtigen US-Regierung um knapp 7 Prozentpunkte von etwa 40% auf nunmehr nur noch ein Drittel aller Abstimmungen. Das Abstimmungsverhalten der übrigen G-7-Länder blieb in dieser Zeit so gut wie unverändert.

Bei den weiteren, in der Abbildung 2 nicht dargestellten Themenkomplexen ist kein eindeutiger Trend auszumachen. So sank zwar insgesamt die Zustimmungsrates zu Themen bezüglich der Abrüstung und Proliferation von Nuklearwaffen, jedoch bei den Vereinigten Staaten von Amerika und den G-7-Ländern jeweils in der gleichen Größenordnung. Fast unverändert blieb die Zustimmungsrates der Vereinigten Staaten von Amerika und der G 7 bei Resolutionen zu Kolonialthemen. Bei Menschenrechtsthemen erhöhte sich die Zustimmungsrates der Vereinigten Staaten von Amerika leicht, während die Zustimmungsrates der G-7-Länder leicht abnahm.

Abb. 2
Durchschnittliches Abstimmungsverhalten der Vereinigten Staaten von Amerika und der übrigen G 7 bei themenbezogenen Abstimmungen in der UN-Generalversammlung



Anmerkung: Alle Resolutionen. Eine Zustimmung zur Resolution wurde mit 1 codiert, eine Enthaltung mit 0,5 und eine Ablehnung mit 0. Dargestellt ist der ungewichtete Durchschnitt über alle Nationen der G7 ohne die Vereinigten Staaten von Amerika pro Jahr.

Quelle: Voeten (2017); Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

SCHLUSSFOLGERUNG

Das Abstimmungsverhalten in der UN-Generalversammlung zeigt, dass sich die Vereinigten Staaten von Amerika und die westlichen Verbündeten in der G 7, OECD, NATO und WEOG seit der US-Präsidentschaft von Donald Trump entfremdet haben. Die durchschnittliche Übereinstimmungsrate zwischen den Vereinigten Staaten und den westlichen Partnern sank seit Trumps Amtsantritt um bis zu 10,3 Prozentpunkte bei Betrachtung aller Resolutionen und um bis zu 6,5 Prozentpunkte für die US-Schlüsselresolutionen im Vergleich zur gesamten Zeit vor Donald Trump. Betrachtet man nur das erste Amtsjahr eines neu gewählten US-Präsidenten, so beträgt die Differenz bei der Übereinstimmungsrate zwischen Trump und seinen Amtsvorgängern gar bis zu 13,2 Prozentpunkte für alle Resolutionen.

Auch wenn dieser Rückgang deutlich ist, so waren die Differenzen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und den westlichen Verbündeten unter den Präsidentschaften von George H. W. Bush sen. und

George W. Bush jun. im jeweils ersten Amtsjahr noch ausgeprägter. Die Übereinstimmungsrate mit den westlichen Partnern lag unter den beiden Bushs um nochmal 0,8 bis 4,6 Prozentpunkte geringer als unter Donald Trump. Bezogen auf die gesamte Präsidentschaft von George W. Bush jun. war die Übereinstimmungsrate bei Abstimmungen in der UN-Generalversammlung sogar um nochmals bis zu 7,6 Prozentpunkte geringer als unter Trump. Anders als in den Medien teils suggeriert, beobachten wir in der US-Außenpolitik somit keinen Zusammenbruch der westlichen Wertegemeinschaft seit Donald Trump, sondern bisher höchstens eine Delle – die geringer ausfällt als unter einigen anderen US-Präsidenten.

Inhaltlich entfernen sich die Vereinigten Staaten von Amerika derzeit vor allem beim Israel-Palästina-Konflikt, bei dem sie ihre Zustimmung zu Resolutionen deutlich reduziert haben, und in Fragen der ökonomischen Entwicklung von ihren westlichen Verbündeten in der UN-Generalversammlung. In geringem Umfang gilt dies auch für Resolutionen zur Rüstungskontrolle, bei denen die Zustimmungsraten der Vereinigten Staaten von Amerika ebenfalls sank.

Eine wichtige Frage für zukünftige Forschung ist, wie sich abnehmende Gemeinsamkeiten zwischen den Industrieländern und ggf. verändernde politische Allianzen auf ökonomische Größen wie Außenhandel, ausländische Direktinvestitionen und Wirtschaftswachstum auswirken.

Die meisten Abstimmungen in der UN-Generalversammlung finden im Herbst bis Winter eines Jahres statt. Zu vermuten ist, dass der gegenwärtig von Donald Trump angezettelte Handelskrieg zu einer weiteren Entfremdung zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und den westlichen Verbündeten führen wird. Wie stark dieser Effekt numerisch ausfällt, wissen wir unter Einbezug des Abstimmungsverhaltens in der UN-Generalversammlung am Ende des Jahres 2018.

LITERATUR

- Becker, R.N., A.L. Hillman, N. Potrafke und A.H. Schwemmer (2015), »The preoccupation of the United Nations with Israel: Evidence and theory«, *Review of International Organizations* 10, 413–437.
- Dreher, A. und N. Jensen (2013), »Country or leader? Political change and UN General Assembly voting«, *European Journal of Political Economy* 29, 183–196.
- Hillman, A.L. und N. Potrafke (2015), »The UN Goldstone Report and retraction: An empirical investigation«, *Public Choice* 163, 247–266.
- Potrafke, N. (2009), »Does government ideology influence political alignment with the US? An empirical analysis of UN General Assembly voting«, *Review of International Organizations* 4, 245–268.
- Thacker, S. (1999), »The high politics of IMF lending«, *World Politics* 52, 38–75.
- Voeten, E. (2000), »Clashes in the Assembly«, *International Organization* 54, 185–215.
- Voeten, E. (2017), »Data and Analyses of Voting in the UN General Assembly«, in: B. Reinalda (Hrsg.), *Routledge Handbook of International Organization*, verfügbar unter: SSRN: <http://ssrn.com/abstract=2111149>.